

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Dezember 2024 | Nummer 4



Brasilien: Yanomami-Gemeinschaften im Amazonas

Mit Kakao gegen den Goldrausch

Im brasilianischen Amazonas unterstützt die GfbV ein Kakaoprojekt, um die Indigenen Gemeinschaften der Yanomami und Yek'wana zu stärken: So können sie Abholzung und Goldabbau entgegen wirken. Ein Bericht aus dem Yanomami-Dorf Halikato.

Morgens um neun Uhr in Halikato: Leader Juca Halikatotheli, in Gummistiefeln und mit einem Gewehr über der Schulter, ruft zum Aufbruch. Der Weg zu den wilden Kakaobäumen führt auf kleinen Pfaden einen Hügel hinauf, bei 35 Grad Hitze und einer Luftfeuchtigkeit von 90 Prozent. Weit oben in den Bäumen ertönt ein ständig flirrendes, sirenenartiges Geräusch: Zikaden. Mit dabei sind auch Männer aus dem Team der jungen Kakaobauern: Sie säubern unterwegs mit

Macheten den Weg, damit er nicht zuwächst. Juca geht mit zügigen Schritten voran, biegt Äste zur Seite und prüft, über welche Baumstämme die kleinen Flüsse überquert werden können.

Der 32-Jährige Juca Halikatotheli ist Vater von vier Kindern, Leader und gute Seele von Halikato. Er trommelt die vielen Kinder zusammen, wenn es Nacht wird, moderiert Versammlungen und stellt den Kontakt zu Aussenstehenden her. Juca, der selbst bei Missionaren in der Nähe die Schule besuchte, ist der Lehrer in Halikato. Die Funktion als Leader übernimmt er derzeit stellvertretend für seinen Bruder, der schwer an Malaria erkrankt ist. Die Verantwortung ist Juca anzumerken.

**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**



Sorgfältig werden die Bohnen aus der Schale der Kakaofrucht entfernt und vom Fruchtfleisch getrennt.

Nach gut einer Stunde kommt die Gruppe am Ziel an: Eine Ansammlung von rund 20 wild gewachsenen Kakaobäumen, welche die Männer bei der Jagd zufällig entdeckt haben und nun pflegen. Juca schneidet die Kakao-Früchte mit einer an einem langen Stock befestigten Machete von den hohen Ästen ab. Unterdessen klettern die jungen Männer die Stämme hinauf, um die Früchte zu holen und fertigen aus Palmen und Lianen Rucksäcke für den Transport an.

Geschützt und trotzdem in Gefahr

Halikato ist ein junges Dorf: Es wurde nach Streitigkeiten innerhalb der Yanomami-Gemeinschaft vor dreissig Jahren gegründet, zu diesem Zeitpunkt entstand auch der Kontakt mit der Aussenwelt. Der Ort mit rund 15 Häusern aus Holz, Stroh und Palmblättern und 200 Bewohner:innen, befindet sich mitten in der Terra Indígena Yanomami (TIY) im nordwestlichen Bundesstaat Roraima, nahe der venezolanischen Grenze. Die von der Regierung als Indigenes Gebiet anerkannte TIY ist mehr als zweimal so gross wie die Schweiz und geniesst den höchsten Schutzstatus. Trotzdem haben die Menschen hier enorme Herausforderungen zu bewältigen.

Gut eine Flugstunde von Halikato entfernt befindet sich Boa Vista, die Hauptstadt des Staates Roraima. Die Stadt pflegt enge Verbindungen zum rechtsextremen Ex-Präsidenten Jair Bolsonaro, ist Zentrum für Agrobusiness und ein riesiges Goldgräber-Denkmal zeigt, wo die Stadt in dieser Frage steht. «Während seiner Präsidentschaft setzte Bolsonaro die Gesetze nicht um: Er liess den Goldwäschern auch in der Terra Indígena Yanomami freie Hand und unterstützte sie sogar öffentlich», sagt Ronei de Jesus Silva, Agronom der GfbV-Partnerorganisation ISA (Instituto Socioambiental). Ende 2022 befanden sich rund 20 000 illegale Goldwäscher in der TIY. Mit ihnen kamen Abholzung, Waldbrände und Kriminalität.

Auch die indirekten Folgen sind in der gesamten Region gross: Verbreitung von Malaria und Corona sowie Quecksilber-Vergiftung der Flüsse. Zwar startete der neue Präsident Luiz Inácio Lula da Silva 2023 eine grosse Militäroperation zur Vertreibung der Goldwäscher, doch das Problem ist nicht aus der Welt geschafft. Rund um Halikato gibt es zwar aktuell keinen Goldabbau. Doch im nächst grösseren Dorf Palimiu verübten Goldgräber 2022 ein Massaker, unter den Toten waren auch Kinder.

Eine Alternative zum Gold

«Die Goldgräber sind Invasoren, Kriminelle» sagt Julio Yek'wana, Präsident der Yek'wana-Organisation Seduume (Associação Waneduume Ye'kwana), deren Gemeinschaft in der gleichen Region lebt. «Sie rekrutieren junge Männer, damit sie ihnen den Weg durch den Wald zeigen. Sie verführen unsere Jugend mit Gold und Geld.»

Hier setzt das Kakaoprojekt der Partnerorganisation ISA an: Der Anbau von Kakao soll den Zusammenhalt der Indigenen Gemeinschaften und die Verbindung mit ihrer Lebenswelt stärken. So können sie dem Goldabbau besser widerstehen und trotzdem ein kleines Einkommen erwirtschaften. Das Projekt richtete sich ursprünglich speziell an junge Männer, immer mehr sind aber auch die Frauen involviert: Sie übernehmen Verantwortung für die Felder und bilden sich in Buchführung und Administration weiter. Zudem wurde 2022 mit dem Aufbau einer Wertschöpfungskette für Korbflechterinnen begonnen.

«Ich liebe dieses Projekt», sagt Juca Halikatotheli, der neben seinen vielen Aufgaben auch die Gruppe der jungen Kakaobauern leitet. «Wir können wichtige Sachen wie Hängematten, Werkzeuge oder Nahrungsmittel kaufen und besser zum Dorf Sorge tragen.»

Wo Kakao und Hoffnung wachsen

Zurück im Dorf legen die Kakaobauern die Früchte auf eine Matte aus Bananenblättern und schneiden sie auf. Zahlreiche Frauen und Kinder stehen im Kreis, um von dem süssigen Fruchtfleisch abzukommen. Juca trennt das Fleisch von den Bohnen und legt diese in ein Sieb, um sie zu waschen. Die geernteten Bohnen werden entweder für die Schokolade-Produktion getrocknet und fermentiert oder wie jetzt für die Aussaat neuer Pflanzen verwendet. Denn neben den wilden Kakao-Bäumen besitzt die Gemeinschaft zusätzlich zu ihren Gemüse- und Obstfeldern auch eine kleine Kakao-Plantage von rund 500 Bäumen, die sie Anfang 2025 mit einem zweiten Feld ergänzen wollen.

Dass das Kakao-Projekt wächst, ist nicht selbstverständlich: Die Yanomami- und Yek'wana-Dörfer haben vier ausgesprochen schwierige Jahre hinter sich. Die Corona-Krise traf sie schwer, und die Goldgräber nutzen die Gunst der Stunde. Zudem sind die Gemeinschaften stark von der Klimakrise betroffen. Neben Überschwemmungen und Dürren zerstören immer wieder unkontrollierte Brände ihre Produktion: Sie, die schon immer mit Brandrodung arbeiteten, haben die Methode wegen der neuen Trockenheit nicht mehr unter Kontrolle und müssen sich der Klimakrise anpassen.



Eine Frau pflanzt Kakao-Bohnen im Gewächshaus.

Morgens um neun in Halikato, am nächsten Tag: Die Gemeinschaft versammelt sich beim Gewächshaus etwas abseits des Dorfes. Im Gewächshaus stehen 1600 vorbereitete kleine Säcke mit Erde. Juca zeigt, wie es funktioniert: Die Kakao-Bohnen müssen mit der rauen Spitze gegen unten in die Erde gesteckt werden, damit die Wurzel in die richtige Richtung wächst. Während die Frauen sich ans Werk machen, sagt Juca Halikatotheli: «Wir möchten die Kakao-Produktion wachsen lassen, weiter lernen und zu ihr Sorge tragen. Und wenn unsere Schokolade dann auf Nachfrage stösst, so motiviert mich das.»

Text: **Dominique Schärer**, Kommunikation

Titelbild: Der Indigene Leader Juca Halikatotheli reinigt geerntete Kakaobohnen. Foto: Adriana Duarte Bencomo/GfbV

Editorial



Konzerne haben eine Verantwortung für den Respekt der Menschenrechte, für das Klima und die Umwelt. Das ist seit Jahren unbestritten. Gleichzeitig wehren sich grosse Teile der Wirtschaft und Politik, diese Verantwortung verbindlich in einem Gesetz zu regeln und mit Kontrollen und Haftung durchzusetzen. Konzernverantwortung bleibt damit ein leeres Versprechen – das zeigen die Realitäten und Erfahrungen der Indigenen Partnerorganisationen der GfbV mehr als deutlich.

In Brasilien kämpfen die Yanomami, Mundurukú, Tupinambá und andere Indigene Gemeinschaften seit Jahren gegen Abholzung, illegalen Goldabbau und grosse Infrastrukturprojekte. Lesen Sie im Artikel (S. 1-3) und in der Infografik (S. 4-5) wie die GfbV sie dabei unterstützt. Am ersten Indigenen Gipfel zu einer gerechten Energiewende in Genf, den die GfbV intensiv begleitet hat (S. 6), nahmen über hundert Indigene aus allen Weltregionen teil. Sie alle berichteten von ähnlichen Herausforderungen, ihre Rechte, ihre Territorien und die Umwelt vor den Interessen von Konzernen und Staaten zu schützen. Lesen Sie im Interview (S. 8) von den Eindrücken eines Vertreters der Sami.

Auch bei der Erweiterung des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der Volksrepublik China stellt sich die Frage: Werden erneut wirtschaftliche Interessen über die Menschenrechte gestellt? In der Voice vom September 2024 hat die GfbV ausführlich dazu berichtet – im Update (S. 7) erhalten Sie die neusten Informationen.

Die Beispiele zeigen: Der Respekt für Menschenrechte, sowie Klima- und Umweltschutz wird nicht allein durch freiwillige Initiativen der Wirtschaft erreicht. Die GfbV engagiert sich deshalb in der Koalition für ein Konzernverantwortungsgesetz. Erfahren Sie in der News (S. 7) und in der Beilage zu diesem Heft, wie Sie dieses wichtige Anliegen unterstützen können. Wir danken Ihnen bereits heute für Ihr Engagement!

Herzlich,

Anna Leissing, Geschäftsleiterin GfbV

IMPRESSUM

VOICE 4, Dezember 2024 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch
Spendenkonto: Berner Kantonalbank (BEKB): IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1
Redaktion: Livia Lehmann und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Anna Leissing, Karin Kaufmann, Fabienne Krebs **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 3500 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliedsbeitrag:** mindestens CHF 80.–/Jahr.

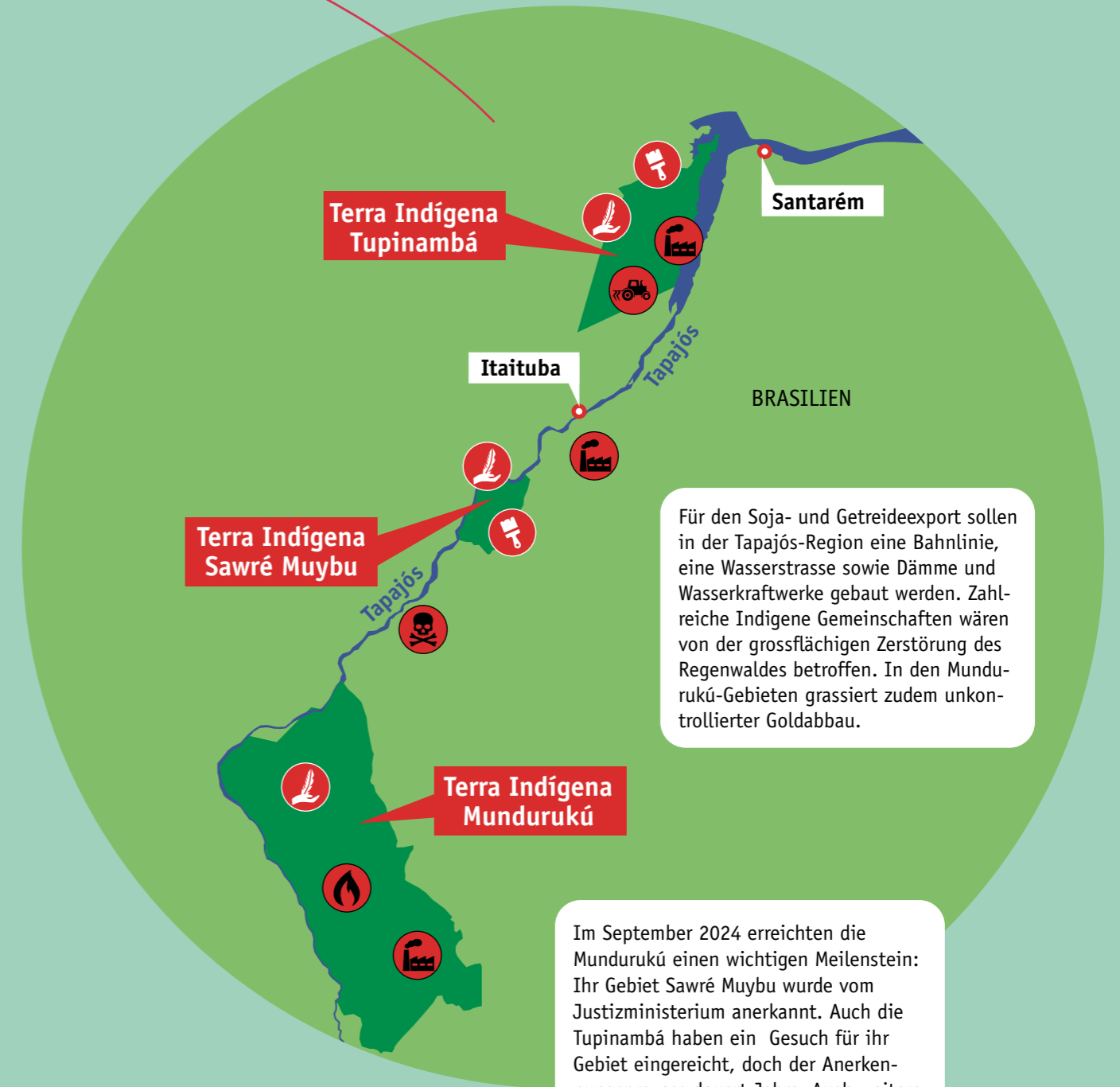
Die GfbV im Amazonas

Der Amazonas ist in akuter Gefahr: Bergbau und die Agrarindustrie hinterlassen eine Schneise der Verwüstung. Indigene Gemeinschaften wie die Mundurukú, die Tupinambá und die Yanomami kämpfen gegen die Zerstörung ihrer Heimat und für die Anerkennung ihrer rechtmässigen Territorien. Die Infografik zeigt in vereinfachter Form die Indigenen Territorien der Region und wie die GfbV ihre Partner:innen vor Ort unterstützt.



Das Yanomami-Gebiet besitzt als «Terra Indígena» den höchsten Schutzstatus nach brasilianischem Recht. Dennoch wird es durch illegale Goldminen verwüstet: Goldsucher:innen bringen Gewalt, zerstören den Regenwald und vergiften Menschen und Umwelt mit Quecksilber.

Damit die Yanomami nicht auf das zerstörerische Goldgeschäft angewiesen sind, bildet die GfbV-Partnerorganisation «Instituto Socioambiental» 12 Gemeinschaften im Kakaoanbau aus. Seit 2019 lieferten sie dem Schokoladenfabrikanten De Mendes bereits 957 kg Kakao.



Für den Soja- und Getreideexport sollen in der Tapajós-Region eine Bahnlinie, eine Wasserstrasse sowie Dämme und Wasserkraftwerke gebaut werden. Zahlreiche Indigene Gemeinschaften wären von der grossflächigen Zerstörung des Regenwaldes betroffen. In den Mundurukú-Gebieten grassiert zudem unkontrollierter Goldabbau.

Im September 2024 erreichten die Mundurukú einen wichtigen Meilenstein: Ihr Gebiet Sawré Muybu wurde vom Justizministerium anerkannt. Auch die Tupinambá haben ein Gesuch für ihr Gebiet eingereicht, doch der Anerkennungsprozess dauert Jahre. Auch weitere Mundurukú-Territorien sowie hunderte andere Indigene Gebiete warten immer noch auf Anerkennung.

Das tut die GfbV

- Unterstützung des Kakaoprojektes des Instituto Socioambiental – eine nachhaltige Alternative zum Goldabbau.
- Demarkierungen sind Voraussetzung für die Anerkennung Indigener Gebiete. Die GfbV unterstützt ihrer Partner:innen dabei.
- Hilfe beim Aufbau Indigener Organisationen, Vernetzung und Stärkung der Gemeinschaften.

Bedrohungen

- Goldminen und andere Bergbauprojekte zerstören den Regenwald und vergiften Mensch und Umwelt.
- Grossflächige Abholzung des Regenwaldes für die Holz- und Agrarindustrie.
- Industrie- und Infrastrukturprojekte für die Agrarwirtschaft.
- Dürreperioden und Brandstiftung führen immer öfter zu fatalen Waldbränden.

Energiewende: Nicht ohne Einbezug Indigener Gemeinschaften



Gemeinsam für eine gerechte Energiewende: Vertreter:innen Indigener Gemeinschaften aus allen Indigenen Weltregionen.

Vom 8. bis 10. Oktober 2024 kamen in Genf über 100 Indigene Delegierte aus der ganzen Welt zusammen: Sie tauschten sich darüber aus, wie eine gerechte Energiewende hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft aus Indigener Perspektive aussieht. Gemäss den Delegierten müssen Lösungen für ökologische Krisen Indigenes Wissen miteinbeziehen, statt koloniale Muster der Ausbeutung zu wiederholen.

«Wir brauchen dringend eine gerechte Energiewende, welche die Rechte und Werte der Indigenen Gemeinschaften respektiert und schützt»: Dies sagt der Udege Rodion Sulyandziga aus Russland, Initiator der Konferenz und langjähriger Partner der GfbV.

Während Staaten und Unternehmen Projekte mit Labels wie «Grüne Wirtschaft» oder «saubere Energie» aus dem Boden stampfen, bedeuten ebendiese Projekte für Indigene Gemeinschaften oft Gewalt und Zerstörung und führen zum Verlust ihrer Heimat, Kultur sowie ihrer Heiligen Stätten. Denn die wertvollen Mineralien, welche sowohl für die Energie- und Mobilitätswende als auch für die militärische Aufrüstung benötigt werden, werden mehrheitlich auf Indigenen Gebieten abgebaut. Hinzu kommen Projekte für erneuerbare Energie, hoch umstrittene Projekte zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung sowie zerstörerische Praktiken grosser Agrarkonzerne.

Von einer gerechten Energiewende sind wir weit entfernt, so der Tenor am Gipfeltreffen. «Eine Energiewende, welche Indigene Rechte nicht berücksichtigt, ist nichts als eine Weiterführung des Kolonialismus», betonte der Delegierte Ruekeith Jampong, ein Iban aus Malaysia, an einer Pressekonferenz.

Indigene Expertise als Teil der Lösung
Delegierte aus allen Indigenen Weltregionen berichteten eindrücklich und berührend über die Auswirkungen, welche die «Grüne Wirtschaft» auf ihr Leben und ihre Zukunft haben. Tatsächlich führen viele als «nachhaltig» angepriesene Projekte zu Umweltverschmutzung, Wasserknappheit und der Vertreibung Indigener Gemeinschaften. Gleichzeitig erzählten die Delegierten auch von guten Praxisbeispielen, die ohne diese Zerstörung auskommen und von den lokalen Gemeinschaften getragen werden. Grace Nakimayak, eine Projektkoordinatorin und Angehörige der Inuvialuit in Kanada, erzählt etwa, wie sie in ihrem Dorf zusammen mit ihrer Gemeinschaft auf eine Versorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energiequellen hinarbeitet.

Indigene Gemeinschaften werden allzuoft nicht als Teil der Lösung einbezogen, obwohl sie über unschätzbare Umweltwissen und Anpassungsstrategien verfügen, die sich seit Jahrtausenden bewährt haben. «Es ist höchste Zeit, dass die Welt dieses Wissen als Weg hin zu einer wirksamen Wende und echter Nachhaltigkeit anerkennt und för-

dert», sagt Galina Angarova, Burjatin aus Russland und Geschäftsführerin der SIRGE-Koalition (Securing Indigenous Peoples Rights in the Green Economy), der auch die GfbV angehört.

Langer Weg zur gerechten Energiewende
In nur drei Tagen erarbeiteten die Indigenen Delegierten in einem partizipativen Prozess ein Dokument, das eine gemeinsame Vision und Prinzipien einer gerechten Wende formuliert. Die Deklaration soll politische Debatten, Verhandlungen und Entscheidungen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene unterstützen. Sie basiert auf dem Indigenen Recht auf Selbstbestimmung und der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC), wie sie in der Deklaration der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) verankert sind.

Das Gipfeltreffen war ein entscheidender Moment für die Indigenen Vertreter:innen. Die Delegierten kamen in Solidarität zusammen, tauschten Wissen, Erfahrungen und Bedenken aus und feilten an Lösungen, die den Namen «Gerechte Energiewende» verdienen: Eine Wende, die Indigene in Entscheidungsprozesse einschliesst, Indigenes Wissen um nachhaltige Lösungen ins Zentrum stellt und Menschenrechte respektiert.

Text: **Karin Kaufmann**, Projektkoordinatorin Indigenous Summit.

Indigene Rechte in der Grünen Wirtschaft

Die im Rahmen des Summits veröffentlichte Deklaration fasst die Forderungen an eine gerechte Energiewende aus Indigener Perspektive zusammen und verlangt von Politik und Wirtschaft, dass Indigene Gemeinschaften aktiv in Verhandlungen zum Klima- und Umweltschutz eingebunden werden.

Die ganze Deklaration kann hier nachgelesen werden:



Freihandelsabkommen mit China: Zivilgesellschaft fordert Einbezug der Menschenrechte

Ende September starteten die Verhandlungen zur Erweiterung des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und China. Die GfbV fordert mit einer Petition den substanziellen Einbezug der Menschenrechte in das Abkommen.

Am 27. August gab die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats bekannt, dass sie das Mandat über die Weiterentwicklung des Freihandelsabkommens mit der Volksrepublik China unterstützt. Dabei sprach sie sich gegen eine menschenrechtliche Folgeabschätzung und verbindliche Menschenrechtsbestimmungen aus. Die Kommission verpflichtete den Bundesrat lediglich dazu, eine Evaluation der auslaufenden Chinastrategie sowie den noch ausstehenden Bericht zur Situation der Tibeter:innen und Uigur:innen in der Schweiz in die Verhandlungen miteinzubeziehen.

Mit dem Segen der Aussenpolitischen Kommission starteten die Verhandlungen mit der Volksrepublik China am 23. September offiziell – obwohl der Bundesbericht zur Lage der tibetischen und uigurischen Diaspora immer noch nicht veröffentlicht war. Während die Situation in Tibet und Ostturkestan (chin. Xinjiang) in den letzten zehn Jahren immer prekärer wurde, versucht die chinesische Regierung auch Uigur:innen und Tibeter:innen in der Schweiz unter Druck zu setzen und einzuschüchtern.

FOTO: JANA LEU/ GFBV



Aktivist:innen und Politiker:innen ziehen bei der Petitionsübergabe am 18. September eine rote Linie auf dem Bundesplatz.

Der Entschluss der Kommission zeigt einmal mehr, dass sich das Verhandlungsmandat in erster Linie an den Wünschen der Schweizer Wirtschaft orientiert und die Verantwortung der Schweiz zur Wahrung der Menschenrechte vernachlässigt. Umso wichtiger ist daher der Widerstand aus der Zivilgesellschaft: Bereits am 18. September reichte die GfbV gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen die Petition «Rote Linie für die Schweiz – kein Freihandel mit China ohne Menschenrechte!» mit über 14 000 Unterschriften ein. Sollten die Forderungen nach einem substanziellen Einbezug der Menschenrechte weiterhin ungehört bleiben, wird die GfbV ein Referendum ernsthaft prüfen.

Text: **Livia Lehmann**, GfbV-Praktikantin Kommunikation

Unterstützen Sie die Konzernverantwortungsinitiative

Anfang Januar lanciert die Koalition für Konzernverantwortung (KKV) die neue Konzernverantwortungsinitiative. Die GfbV und ihre Koalitionspartner:innen haben sich das ambitionierte Ziel gesteckt, die nötigen 100'000 Unterschriften in nur 30 Tagen zu sammeln. Dafür benötigen wir Ihre Unterstützung bei der Unterschriftensammlung.

Bereits im Jahr 2012 forderte die GfbV als Teil einer breiten Koalition Bundesrat und Parlament auf, dafür zu sorgen, dass Schweizer Konzerne die Menschenrechte und die Umwelt weltweit respektieren müssen. Acht Jahre später, im November 2020, stimmte die Schweiz über die Konzernverantwortungsinitiative ab. Die Vorlage wurde von einer Mehrheit der Stimmbewölkerung angenommen, scheiterte aber knapp am Ständemehr. Der Bundesrat versprach im damaligen Abstimmungskampf, «international abgestimmt» vorgehen zu wollen.

Inzwischen haben viele europäische Länder ein Konzernverantwortungsgesetz eingeführt und die EU hat eine einheitliche Konzernverantwortungsregelung verabschiedet. In ganz Europa sind damit Konzerne verpflichtet, bei ihren Geschäften im Ausland Menschenrechte und Umweltbestimmungen einzuhalten, während die Schweiz bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung ist.

Unser Einsatz für die Rechte von Indigenen Gemeinschaften zeigt gleichzeitig immer wieder den grossen Handlungsbedarf: Seit Jahren wehrt sich die Indigene Bevölkerung um die Glencore-Mine Antapaccay in Peru gegen die durch den Kupferabbau verursachte Umweltverschmutzung und gegen die geplante Erweiterung der Mine ohne ihre Zustimmung. Für die Vergrößerung der North Mara Goldmine in Tansania, von der die Schweizer Goldraffinerie MKS Pamp profitiert, wurden ausserdem 5'000 Indigene Kuria mit Gewalt vertrieben. Damit Konzerne für solche Verstösse endlich gerade stehen müssen setzt sich die GfbV weiterhin aktiv für ein Konzernverantwortungsgesetz in der Schweiz ein.

Unterstützen Sie uns! Mehr Informationen in der Beilage zu diesem Magazin.

Text: **Fabienne Krebs**, Programmleiterin Wirtschaft & Menschenrechte



«Klimawandel und Menschenrechte sind zwei Seiten derselben Münze»

Der schwedische Menschenrechtsaktivist Lars Anders Baer vertrat im Oktober am Indigenous Summit in Genf die Indigenen Sami. Wir haben mit ihm über die Probleme der aktuellen Klimapolitik gesprochen.

Interview: Livia Lehmann und Dominique Schärer, Kommunikation / Foto: Lars Anders Baer

Sie kämpfen schon seit rund 50 Jahren für die Rechte Indigener Gemeinschaften. Wie hat sich das politische Klima seither verändert?

In den Siebzigern konnten wir viel erreichen, damit unsere Rechte anerkannt und respektiert werden. Viele europäische Länder hatten ein schlechtes Gewissen wegen den kolonialen Verbrechen der Vergangenheit. Es war Teil ihrer politischen Agenda, Menschen- und Indigenenrechte zu fördern. Heute sieht es leider anders aus: In Schweden und Finnland ist eine rechte Regierung an der Macht, die sich kaum für uns interessiert. Aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage wird vor allem in Energie- und Rüstungsprojekte investiert und dafür braucht es Ressourcen, die sich auf Sami-Land befinden. Statt Menschenrechte wird eine Energiewende gefördert, welche unsere Lebensweise nicht respektiert. Dabei verstehen viele Regierungen nicht, dass Klimawandel und Menschenrechte zwei Seiten derselben Münze sind.

Welche Rolle sollten Indigene Gemeinschaften in einer gerechten Klimawende spielen?

Da Indigene Gemeinschaften ihren jeweiligen Staaten zugeordnet werden, sind sie bei internationalen Klima- und Biodiversitätsabkommen keine offizielle Interessenspartei. Es geht also darum, dass wir bei Verhandlungen eine direkte Rolle einnehmen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Arktische Rat: Dort hat die Indigene Bevölkerung der Arktis einen Sitz inne. Zwar haben wir nicht die gleiche politische Macht wie Staaten, aber wir können an den Gesprächen teilnehmen und unsere Forderungen einbringen. So kennen wir die unterschiedlichen politischen Positionen, können uns strategisch einbringen und besser lobbyieren.

Am Indigenous Summit in Genf kamen Indigene Repräsentant:innen aus der ganzen Welt zusammen. Warum ist der Austausch über Klimagerechtigkeit so wichtig?

Bei den internationalen Bemühungen, die Treibhausgasemissionen zu verringern und sich hin zu einer grünen Wirtschaft zu bewegen, müssen auch Indigene ihre Forderungen einbringen können. Leider haben viele Indigene Gemeinschaften aber nicht die Ressourcen, aktiv an diesen Prozessen teilzunehmen. Am Summit kamen wir alle zusammen, um unsere Anliegen zu besprechen und in einer gemeinsamen Deklaration festzuhalten.

Mit welchem Ziel haben Sie die Deklaration verfasst?

Wenn wir einen Dialog mit Staaten und der Wirtschaft führen wollen, müssen wir unsere Anliegen und unsere Argumente formulieren. Die Deklaration dient als Grundlage und wird je nach Ausgang der anstehenden internationalen UN-Konferenzen zu Klimaschutz und Biodiversität angepasst und um neue Forderungen ergänzt.

Die Delegierten kamen aus ganz unterschiedlichen Regionen und Gesellschaften. Welche Herausforderungen haben sie alle gemeinsam?

Der Klimawandel betrifft Indigene auf der ganzen Welt. Auch von Abholzung, Bergbau und Projekten zur erneuerbaren Energie sind Indigene Gemeinschaften direkt betroffen, egal wo sie leben. Viele Staaten versuchen unsere Rechte zu umgehen, um Bergbau und Energieprojekte auf unserem Land so schnell wie möglich umzusetzen. Besonders in Asien und Südamerika werden Indigene Aktivist:innen zudem leider oft mit Gewalt zum Schweigen gebracht.

Noch einmal zurück zur Arktis: Inwiefern ist die Schweiz mit den Problemen der Indigenen Sami verbunden?

Die Schweiz ist ein wichtiger Finanzplatz. Viele Finanzinstitute investieren in Projekte zur erneuerbaren Energie, ohne zu wissen, welche Konsequenzen diese Projekte für Indigene Gemeinschaften haben. Auch Schweizer Finanzinstitute müssen die Rechte Indigener Gemeinschaften bei ihren Investments in grüne Energie respektieren. Zudem ist Genf als UNO-Sitz wohl einer der wichtigsten Treffpunkte für die globale Indigenenrechtsbewegung.

Der Rentierzüchter, Aktivist und Indigene Politiker Lars Anders Baer lebt im schwedischen Teil des traditionellen Sami-Gebiets und war eine Schlüsselfigur im Ausbau des Sámiráđđi (deutsch: Internationaler Samischer Rat), einer pansamischen NGO. Seit den 1970er Jahren engagiert er sich für die Rechte Indigener Gemeinschaften in seiner Heimat Sapmi (Schweden, Norwegen, Finnland, Russland) und weltweit.